

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, 13. August 2020
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:15 Uhr

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, Leitung der Sitzung
Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Entschuldigt: Frau **Renger**, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

1 Eröffnung und Begrüßung

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, eröffnet die 13. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Mitglieder des Hauptausschusses und die anwesenden Gäste.

2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang am 5. August 2020).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt. Es sind **13** von **13** Hauptausschussmitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

3 Beschluss über die Niederschrift der 12. Sitzung des Hauptausschusses am 11. Juni 2020

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) bittet, die Bestätigung der Verwaltung auf ihre Wortmeldung auf Seite 10 (nichtöffentlicher Teil) zu ergänzen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, nimmt die Ergänzung auf und stellt die so geänderte Niederschrift zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mit 12 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses,

- bezieht sich auf das Interessenbekundungsverfahren – Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ und merkt an, dass ein Schreiben an das zuständige Landesministerium versendet wurde. Diese Investition sei für den Neubau eines Frauenhauses in Neubrandenburg vorgesehen. Das Landesministerium habe bereits positiv geantwortet. Das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung schreibt: „Die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung bedankt sich für Ihr Schreiben vom 29. Juni 2020, in dem Sie Interesse an einer Förderung aus dem Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ für den Bereich der Investitionsförderung (Neubau) bekunden. Das Ministerium hat bezüglich Ihrer o. g. Förderanfrage eine befürwortende Stellungnahme gegenüber dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftlicher Aufgaben gefertigt.“
- informiert über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Laut einer Umfrage des Deutschen Städtetages unter den Mitgliedsstädten, seien einige Städte kaum betroffen. Andere rechnen mit Einbußen von bis zu 80 Prozent der Gewerbesteuer. Insgesamt sei bei den Gewerbesteuereinnahmen in den Folgejahren mit Einbußen von durchschnittlich 28 Prozent zu rechnen. Das Gesamtaufkommen der Gewerbesteuer aller Kommunen in der Bundesrepublik betrage 55,4 Mrd. Euro. In der Stadt Neubrandenburg belaufen sich die Einbußen nach aktuellem Stand auf 15 bis 20 Prozent.
- teilt mit, dass im Zuge der Corona-Pandemie an die Partnerstädte Koszalin, Petrosowodsk, Flensburg und Collegno ein Unterstützungsschreiben versendet wurde. Der Präsident der Italienischen Republik und der Bundespräsident bedankten sich für die Unterstützung in dieser Zeit. Sie begrüßen die positive Entwicklung und den weiteren Ausbau der Städtepartnerschaften.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) beantragt eine Sondersitzung des Finanzausschusses am 26. August 2020.

Das Benehmen wird hergestellt.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** bezieht sich auf die Fresken im Rathaus Neubrandenburg. Die Fraktion der CDU hatte angekündigt, eine entsprechende Drucksache einzubringen. Zwischenzeitlich hatte die Presse über neue Entwicklungen berichtet. Daraufhin wurde die Drucksache kurzfristig zurückgezogen. Ratsfrau **Dr. Kuhk** bittet um Informationen zum aktuellen Sachstand. Auch sollten die Ratsfrauen und Ratsherren in den Prozess einbezogen werden.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, versichert, über neue Sachstandsmeldungen zu informieren. Ergänzend berichtet Herr **Witt** von dem Treffen mit Frau Dr. Dornbusch, Landeskonservatorin beim Landesamt für Kultur und Denkmalpflege. Nach deren Sichtweise sei vor Freilegung der Fresken eine genauere Einordnung zu treffen und die Klärung folgender Fragen erforderlich:

- Wie oft gibt es ein solches Fresko in Mecklenburg-Vorpommern? Mit welcher Aussage? In welchem Gebäude?
- Wie ist die künstlerische Aussage zu werten (besonders hochwertig oder Alltagskunst)?

- Wie wird die Person des Künstlers beurteilt?

Diese Aspekte werden vom Landesamt aufbereitet und anschließend der Stadtvertretung zur Entscheidungsfindung zur Verfügung gestellt. Das sei einer der Bedingungen, um eine Möglichkeit zur Förderung über eine Stiftung zu erhalten. Der Kulturausschuss sei hierfür das geeignete Gremium, um nach der Expertise geeignete Diskussionen zur Entscheidungsfindung zu führen.

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) merkt an, dass derzeit die Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses vorlagenmäßig überfrachtet sind und Sondersitzungen erforderlich werden. Er bittet diesbezüglich um Lösungsvorschläge.

Herr Witt sieht die Durchführung von Sondersitzungen auch als mögliche Lösung, da gerade die Bebauungspläne an Terminketten gebunden seien.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) schließt sich der Wortmeldung von Ratsherrn **Kuhnert** hinsichtlich der sehr umfangreichen Sitzungsunterlagen an.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) bezieht sich auf die zu erwartenden Gewerbesteuermindereinnahmen. Aus der Wirtschaft und aus dem Gastronomiebereich gebe es Anfragen inwieweit die Stadt darüber nachdenke, die Gewerbesteuersätze zu senken, um ein Zeichen zu setzen. Er fragt, ob dergleichen angedacht sei.

Im Zusammenhang zu den Vorlagen VII/367 und VII/368 merkt Ratsherr **Schwanke** an, dass vermehrt Raucher in Neunbrandenburg ihre Abfälle an Ort und Stelle loswerden. Das gleiche betreffe den Strand am Augustabad. Dort seien viele Glasscherben vorzufinden. Der Zustand sei nicht länger hinzunehmen.

Herr Witt teilt mit, dass das angekündigte Revisionsgespräch mit dem Innenminister in der vergangenen Woche stattgefunden habe. Zeitnah werde es jetzt auf Arbeitsebene Gespräche geben, in denen alle Möglichkeiten ausgelotet werden, um eine Änderung der Konsolidierungsvereinbarung zu erreichen. Einzelmaßnahmen erachte er für nicht zielführend.

Generell halte er die Durchführung einer Sondersitzung des Finanzausschusses im Winter 2020 oder 2021 für sinnvoll. Es biete eine gute Möglichkeit, sich mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den städtischen Haushalt, auf die städtischen Beteiligungen sowie die Privatwirtschaft zu beschäftigen.

Ratsfrau **Wegner** (B90/GRÜNE) spricht die Partnerschaft für Demokratie an. Die Amtszeit des Begleitausschusses sei zum Jahreswechsel 2019/2020 ausgelaufen. Sie möchte wissen, wann der neue Begleitausschuss berufen werde.

Zudem bittet sie darum, die Drucksache der Fraktion B90/GRÜNE und DIE LINKE zum Fahr-Rat (VII/392) in der Beratungsfolge zu erweitern. Sie sollte in der gleichen Beratungsfolge wie die Drucksache der Verwaltung zum Fahr-Rat (VII/390) behandelt werden.

Des Weiteren kritisiert sie, dass sachkundige Einwohner, die als Mitglieder in Ausschüsse gewählt wurden, keinen Zugriff auf nichtöffentlich Drucksachen im Ratsinformationssystem haben. Sie bittet darum, Vorkehrungen zu treffen, damit auch diese Ausschussmitglieder sich hinreichend auf ihre Sitzung vorbereiten können.

Herr Witt sichert eine Prüfung zu.

Hinsichtlich des Begleitausschusses (Partnerschaft für Demokratie) teilt Herr **Witt** mit, dass er die Einladung zur Neukonstituierung gestern unterzeichnet habe. Die Fraktionen werden gebeten, Vorschläge für den neuen Begleitausschuss zu unterbreiten.

Bezugnehmend auf die beiden Drucksachen zum Fahr-Rat begrüßt Herr **Witt** den Vorschlag, diese Vorlagen gemeinsam in den Ausschüssen zu diskutieren.

5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, bittet ein Änderungsblatt zur Drucksache VII/390 (TOP 24) nachzutragen. Die Drucksache wird als letzte Vorlage im öffentlichen Teil nach TOP 21 behandelt.

Des Weiteren schlägt er vor, folgende Drucksachen

- VII/319 und VII/320 (TOP 2 und TOP 3),
- VII/335 und VII/336 (TOP 4 und TOP 5),
- VII/355 und VII/362 (TOP 6 und TOP 7),
- VII/356 und VII/357 (TOP 8 und TOP 9),
- VII/359 und VII/363 (TOP 11 und TOP 12) sowie
- VII/360 und VII/364 (TOP 13 und TOP 14)

in **verbundener Aussprache** zu behandeln.

Für den TOP 27 (Drucksache **VII/339**) wird **Mitwirkungsverbot** für Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU), Rats Herrn **Kowalick** (DIE LINKE), Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE), Rats Herrn **Schnell** (AfD), Rats Herrn **Schwanke** (CDU) und Rats Herrn **Stieber** (SPD) sowie für den TOP 30 (Drucksache **VII/342**) für Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) festgestellt.

Herr **Witt** stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

6 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 1	VII/317	Treptower Tor Platz hier: Errichtung Kunstwerk „Sitzstein der Wünsche“ Einreicher: Oberbürgermeister
--------------	----------------	---

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) merkt an, dass in der Drucksache unter Punkt drei die Formulierung aufgeführt sei, für die Umsetzung des Projektes weitere Finanzierungsmittel durch den Oberbürgermeister einzuwerben. Sie fragt nach den Folgen, falls die Finanzierungsmittel ausbleiben sollten.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, führt aus, dass Zusagen für die vollständige Finanzierungssumme vorliegen und keine weiteren Belastungen für den städtischen Haushalt entstehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte **2** und **3** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

- TOP 2** **VII/319** 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg; Teilfläche „Weitin, Stavenhagener Straße Nord“
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) merkt an, dass im Flächennutzungsplan die Bezeichnung „Stadt Neubrandenburg“ verwendet, jedoch in der Änderung des bestehenden Flächennutzungsplanes der Name in „Vier-Tore-Stadt“ geändert wurde. Er bittet daher um eine rechtliche Beurteilung der Änderung.

Herr **Renner**, Leiter Fachbereich 2, merkt an, dass im BauBG nur der Begriff „Flächennutzungsplan“ definiert und insofern es unerheblich sei, ob der Flächennutzungsplan „... der Stadt Neubrandenburg“ oder „... der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg“ bezeichnet werde.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, sichert zu, die Antwort nach einer juristischen Prüfung nachzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 3** **VII/320** 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg, Teilfläche „Weitin, Stavenhagener Straße Nord“
hier: Feststellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte **4** und **5** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

- TOP 4** **VII/335** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 50 „Photovoltaikanlage Am Datzeberg“
hier: Einleitungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 5** **VII/336** 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg, Teilfläche „Photovoltaikanlage Am Datzeberg“
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) merkt an, dass die Stelle verpachtet werde, jedoch keine finanziellen Auswirkungen ausgewiesen wurden. Daher bittet sie um Ergänzung, welche Pachteinahmen die Stadt erzielen werde.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, sichert die Nach-

reichung der Antwort zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte **6** und **7** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

TOP 6 **VII/355** Bebauungsplan Nr. 121 „Einzelhandel Burgholzstraße“
hier: Abwägungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 7 **VII/362** Bebauungsplan Nr. 121 „Einzelhandel Burgholzstraße“
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte **8** und **9** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

TOP 8 **VII/356** Bebauungsplan Nr. 128 „Weit in Hollerbusch“
hier: Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 9 **VII/357** 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg, Teilfläche „Weit in Hollerbusch“
hier: Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 10 **VII/358** Bebauungsplan Nr. 71 „Markscheiderweg“
hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte **11** und **12** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

TOP 11 **VII/359** Bebauungsplan Nr. 112 „Gewerbegebiet Woldegker/Kruseschofer Straße“
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 12 VII/363** Bebauungsplan Nr. 112 „Gewerbegebiet – Kreuzung Woldegker/Kruseschofer Straße“
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte **13** und **14** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

- TOP 13 VII/360** Bebauungsplan Nr. 118 „Einzelhandel Oststadt“
hier: Abwägungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 14 VII/364** Bebauungsplan Nr. 118 „Einzelhandel Oststadt“
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 15 VII/273** Kommunales Sicherheitskonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 16 VII/367** Erhöhung der Sicherheit durch Verstärkung der Präsenz des Ordnungsamtes im Stadtgebiet
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) bezieht sich auf den Beschlusstext in der Drucksache und merkt an, dass für das Haushaltsjahr 2021 drei Stellen geschaffen werden sollen. Im Text werde aber deutlich, dass diese Stellen dauerhaft zu besetzen sind. Daher bittet sie um eine redaktionelle Änderung von „für 2021“ auf „ab 2021“.

Ratsherr **Stieber** (SPD) teilt mit, dass die Fraktion der SPD den präventiven Charakter in der Vorlage nicht ausreichend gewürdigt sehe. Er kündigt an, dass im Ausschuss hierzu ein Vorschlag unterbreitet werde. Der Anteil der präventiven Arbeit sollte bei den insgesamt fünf Stellen im Idealfall bei 40 Prozent liegen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, teilt mit, dass in der nächsten Drucksache der Vorschlag verankert sei, wie die Unterstützung der präventiven Arbeit aussehen könnte. Er bittet, im Ausschuss zu klären, zu welcher Vorlage der Vorschlag am besten passt.

Ratsfrau **Wegner** (B90/GRÜNE) bezieht sich auf die Anmerkungen von Ratsfrau **Dr. Kuhk** und führt aus, dass das Anliegen grundlegend begrüßt werde. Da es sich aber um eine fortlaufende Erhöhung des Stellenplanes handele, fehle aus Sicht der Fraktion das Finanzierungskonzept.

Herr **Witt** schlägt vor, diese Diskussion im Ausschuss zu führen. Die Drucksache ist das Ergebnis der Diskussionsarbeit im Ausschuss, der eingeschätzt hatte, dass eine personelle Verstärkung im Außendienst notwendig sei. Natürlich habe dies langfristige Auswirkungen, weil die Personalkosten in dem Bereich steigen.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 17 **VII/368** Erhöhung der Sicherheit in der Innenstadt durch präventive Projektarbeit im Bereich des Friedländer Tores
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) führt aus, dass in der Drucksache drei sehr wichtige Aspekte angesprochen werden:

1. die denkmalgeschützte Wallanlage
2. die Arbeitsfähigkeit des Standesamtes
3. die Kinder und Jugendlichen der Stadt Neubrandenburg

Sie regt an, auch über die Gestaltung von Beteiligungsprojekten in dem Bereich zu diskutieren und bittet aus diesem Grund das Einvernehmen darüber herzustellen, die Vorlage auch in Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport zu behandeln. Die Stadt hatte sich zur Erarbeitung dieser Vorlage bereits externen Sachverstand eingeholt. Daher schlägt sie vor, diese Experten für die Kinder und Jugendlichen zur Diskussion im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport einzuladen.

Herr **Witt** begrüßt den Vorschlag von Ratsfrau **Dr. Kuhk**.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) empfindet die derzeitige Situation mit den Kindern bzw. Jugendlichen als nicht hinnehmbar. Es seien Maßnahmen erforderlich, die eine Unterbindung von Lärm und Sachbeschädigungen sicherstellen. Die Drucksache bewirke keine kurzfristige Lösung dieser Probleme.

Herr **Witt** erklärt in diesem Zusammenhang, dass die Stadt Neubrandenburg Zeit und Geld investiert, um junge Menschen für die Stadt zu begeistern. Die meisten Jugendlichen würdigen das. Die Herausforderung sei, in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen einen Weg zu finden, neue Angebote zu schaffen. Daher sei eine kurzfristige Lösung nicht realisierbar. Nach Gesprächen mit der Polizei und dem Jugendamt sollen den Jugendlichen zur gemeinsamen Lösungsfindung Angebote gemacht werden.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, informiert, dass die Vorlage am 17. August 2020 im Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit gemeinsam mit den mobilen Jugendarbeitern beraten werde.

Bezüglich des Eigentumsschutzes im Denkmalgebiet eruiert die Stadtverwaltung derzeit Lösungsvorschläge.

Ratsherr **Schwanke** und Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) ergänzen die vorangegangenen Beiträge.

Herr **Witt** erklärt abschließend, dass die Vorlage dazu dienen soll, die notwendigen Diskussionen darüber zu führen, um eine Lösung zu finden sowie die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 18** **VII/321** Informationsvorlage
Beteiligungsbericht der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg 2018
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) merkt an, dass die Vorlage verwiesen werden muss und informiert, dass die Vorlage am 26. August 2020 im Finanzausschuss behandelt werde.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die geänderte Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 19** **VII/304** Beschluss über die Annahme einer Spende der Frau Adelheid Sandhof durch die Stadtvertretung – Sachzuwendung für den Bestand der Kunstsammlung – 46 Kunstwerke
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 20** **VII/305** Beschluss über die Annahme einer Spende des Freundeskreises der Kunstsammlung Neubrandenburg e. V. durch die Stadtvertretung – Sachzuwendung für den Bestand der Kunstsammlung – 4 Kunstwerke
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 21** **VII/361** Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung der Frau Dr. Karolin Heinze durch den Hauptausschuss für das III. Quartal 2020 – Geldzuwendung für die Herstellung einer Parkbank vom Typ „Stadtbank“ durch den Bauhof
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 24** **VII/390** Aufhebung der Befristung des „Fahr-Rates“, Umbenennung in „Mobilitätsrat“ sowie Angliederung an den Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit
Einreicher: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 12 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung in die Beratungsfolge verwiesen.